

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

345 (29.7.1922) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Buchhandlungen monatlich M. 37.—, frei ins Haus geliefert M. 41.—.
Außerhalb: Von unseren Agenturen bezogen M. 41.—. Durch die Post einw. Auftragsgebühr M. 41.—. Einzelnummer bis 4 Seiten Umfang M. 1.—, über 4 Seiten Umfang M. 1.50.
Anzeigen:
Die Spätige Anzeigenzeitung M. 6.—, auswärts M. 8.—. Stellenangebote und Familienanzeigen M. 4.50. Die Restanzeigen M. 30.—, an erster Stelle M. 32.50. Bei Wiederholung tariflicher Rabatt. Bei der Nichterhaltung des Bleies, bei geräuschvoller Bedienung und Konturen außer Kraft tritt.
Für Platz-Vorarbeiten und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Verleger keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Eigentum und Verlagsort:
Ferd. Ziegler & Co.
Verleger:
Dr. Walter Schneider.
Verantwortliche Redakteure:
für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: Dr. G. Salinger; für Auslandspolitik: A. Kimmig; für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: A. Rudolph; für lokale Anzeigen: Dr. H. E. Schmitt; für die Handelszeitung: Dr. S. Zehle; für Anzeigen: M. Hübner-Spangier, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion:
Dr. Kurt Weiser.
Vertrieb:
Gesamthändler: Nr. 86.
Redaktion: Nr. 309 und 319.
Gesamthändler:
Bittel und Kammlöhner-Ges., nach Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Kontor: Karlsruhe Nr. 8859.

Die Londoner Konferenz.

EP. London, 28. Juli. In hiesigen offiziellen Kreisen glaubt man, daß die Londoner Konferenz mit Rücksicht auf die italienische Krise möglicherweise bis Anfang September verschoben werden muß. In der Zwischenzeit wäre es möglich, Deutschland ein provisorisches Moratorium für die nächsten Zahlungen zu geben. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: „Wenn Lloyd George und der französische Ministerpräsident zusammenkommen, weiß letzterer schon, daß er nicht der einzige ist, der ein Programm ausgearbeitet hat. Die englischen Sachverständigen und Minister arbeiten gegenwärtig an einem umfangreichen konkreten Projekt, das nicht nur die französischen und englischen Interessen, sondern die aller Verbündeten umfaßt. Die Tatsache, daß nach Lloyd George auch früher von neuem den Wunsch der britischen Regierung bestätigt hat, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, hat in diplomatischen Kreisen der Verbündeten Aufmerksamkeit gefunden und in manchen Kreisen glaubt man, daß man Poincaré einladen könne, dieser Zulassung und zwar als Teil des Konferenzprogramms zuzustimmen.“ Das englische Blatt bemerkt weiter, daß die Aufnahme Deutschlands erfolgen könne, falls Deutschland nicht verlange, einen Sitz im Völkerbund zu erhalten.

Die Frage der interalliierten Schulden bleibt nach wie vor ungeklärt. Hier läuft das Gerücht um, als ob die sogenannte Zulage der Annulierung nur einem französischen Stimmungsbericht entspringe, der wiederum die Mission Parmentiers nach Washington beeinflussen sollte. Man scheint hier noch immer zu hoffen, daß Amerika an der Londoner Konferenz teilnimmt, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß G. Wood eine Rückkehr nach Washington beschleunigen wird, um seinen Einfluß auf Harding auszuüben.
EP. London, 28. Juli. Der Nationalbund britischer Händler und Fabrikanten, veröffentlicht eine Kundgebung, worin als grundlegende Bedingung für die Wiederherstellung eines wahren Friedens in Europa die Revision des Versailler Vertrages und des Londoner Zahlungsplanes gefordert wird und zwar so, daß die alliierten Forderungen der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands angepaßt sind. Die Bestimmung über die deutsche Zahlungsfähigkeit sollte dem Komitee Morgan übertragen werden.

Die Pariser Morgenpresse.

LI. Paris, 29. Juli. (Drahtbericht.) Die heutige Morgenpresse erregt sich in Betrachtungen über die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Poincaré und Lloyd George in London. Mehrere Blätter, darunter der „Petit Parisien“ würden sich damit abfinden, wenn es sich bei dieser Besprechung nur um eine offizielle Besprechung handeln würde, die keinerlei definitive Beschlüsse fassen würde, immerhin befürwortet der „Petit Parisien“ eine Aussprache Poincarés mit Lloyd George und führt als Grund dafür an, daß Frankreich entgegen dem, was man allgemein von ihm glaube, ein Aktionsprogramm in der Reparationsfrage vorzulegen habe. Selbst wenn dieses Programm nicht ohne Vorbehalt von der englischen Regierung angenommen würde, so sei es doch äußerst wichtig, einen Gedankenanstausch darüber noch vor dem 15. August, an welchem Tage die Antwort der Wiedergutmachungskommission in der Moratoriumsfrage erfolgen soll, herbeizuführen. Mehrere andere Blätter betonen die Wichtigkeit der vorherigen Besprechung mit Lloyd George. Auch der „Matin“ wiederholt in einem ziemlich heftigen Artikel, daß Frankreich jetzt ein Reparationsprogramm habe und nur für den Fall, daß es von den Alliierten nicht angenommen würde, seine Handlungsfreiheit zurücknehmen wolle. Frankreich trage sich aber nicht mit dem Gedanken, eine Aussprache mit Lloyd George zu vermeiden, wie man in England glaube. Wenn Lord Balfour behaupten wolle, Frankreich wolle eine Zusammenkunft mit Lloyd George aus, so sei diese Ansicht irrig. Der „Eclair“ bemerkt zu diesem Gegenstand, daß, wenn Lloyd George einer Aussprache mit Poincaré ausweiche, die französische Regierung ihm dann auf kürzestem Wege den Reparationsplan unterbreiten werde, sodas er wohl oder übel gezwungen sein würde, persönlich mit Poincaré Rücksprache zu nehmen. Ebenfalls interessant ist die Auffassung des „Caslogram“, das behauptet, daß Poincaré Lloyd George einen großzügigen Plan für die Befriedung des europäischen Wirtschaftslebens vorlegen werde, aber sehr wahrscheinlich würde dieser Plan abgelehnt werden. Für den Fall, daß Deutschland sich weigern sollte, die Vorschläge, die darin enthalten sind, nicht anzunehmen, so werde die französische Regierung in kürzester Zeit wieder auf die Sanktionen und zwar Sanktionen militärischer Art zurückgreifen müssen.

... immer noch ungeklärt.

S Paris, 29. Juli. (Drahtbericht.) Unserer eigenen Berichterstatters.) Man hat hier den Eindruck, daß die französisch-englischen Verhandlungen über die Londoner Konferenz bereits zum Stillstand gekommen sind. Schon vor einiger Zeit war man soweit gekommen, sich zu fragen, ob die anderen Alliierten, die Italiener und Belgier, an der Konferenz und eventuell auch an den Vorbesprechungen teilnehmen sollen. Man ist heute noch nicht weiter und die Frage ist immer noch ungeklärt. Jedenfalls besteht man heute fester denn je darauf, daß die Zusammenkunft vor dem 15. August stattfinden muß. Man befürchtet — und die Presse gibt dieser Befürchtung Ausdruck —, daß wenn die Wiedergutmachungskommission am 15. August keine Antwort erhalten hat, sie eigenmächtig ein vorläufiges Moratorium Deutschland erteilen werde und dann werde Frankreich vor die vollendete Tatsache gestellt sein. Deshalb raten heute früh die Blätter dem Ministerpräsidenten, sich mit der Reparationskommission auseinanderzusetzen.

Lloyd George als Pazifist.

LI. Amsterdam, 29. Juli. (Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Auf einem Festmahle, das ihm zu Ehren von hervorragenden Geistlichen veranstaltet wurde, richtete Lloyd George in einer längeren Rede, in der er sich über die gegenwärtige Lage Europas aussprach, einen warmen Appell an die Kirchen, mit vereinten Kräften darauf hinzuwirken, daß Kriege künftig unmöglich sein sollten. „Wir in England“, sagte er, „haben unsere Kräfte zu Wasser, zu Land und in der Luft eingespart und damit der ganzen Welt ein Beispiel gegeben. Aber wie kann man mit der Abrüstung fortfahren, wenn andere Völker nicht aufhören sie zu vergrößern. Wenn der Völkerbund einer der hauptsächlichsten Faktoren der gegenwärtigen Zivilisation genannt werden kann, dann ist die Zivilisation geteilt, im anderen Fall wird sie untergehen.“

Englisch-russische Separatverhandlungen?

O F. Berlin, 27. Juli. Wie der „Dzi-Express“ von unterrichteter Seite erfährt, finden gegenwärtig in London russisch-englische Verhandlungen statt, deren Zweck der Abschluß eines neuen Vertrages ist, der das englisch-russische Abkommen vom März des Jahres 1920 ersetzen soll. Die Verhandlungen werden von Krasin geführt, der sich im Zusammenhang damit aus dem Haag direkt nach London begeben hat, obgleich er bekanntlich ursprünglich vorher für

einige Zeit nach Berlin zu kommen beabsichtigte. Diesen Verhandlungen sind Vorbesprechungen hinter den Kulissen der Haager Konferenz vorausgegangen, die zwischen der russischen Delegation und einem hervorragenden, nicht offiziellen Mitglied der englischen Delegation, das sich in England als Industrieller und Rußlandkenner großen Einflusses erfreut, stattfanden.

Krasin und Lloyd George.

LI. London, 29. Juli. Krasin, der vor einigen Tagen aus dem Haag in London eingetroffen ist, hatte gestern Abend eine Unterredung mit Lloyd George. Er fährt heute nach Rußland ab. „Daily Chronicle“ schreibt, die Besprechung habe sich wahrscheinlich auf die Haltung der russischen Delegierten im Haag bezogen und Krasin, der die Auffassung der britischen Regierung über die Lage eingeholt habe, werde in Rußland darüber berichten.

Frankösisches Hirngespinnste.

LI. Paris, 29. Juli. (Drahtbericht.) Verschiedene Abendblätter, so auch der „Temps“ veröffentlichten gestern Abend ohne jeden Zusatz die folgende Meldung: „Nach sicheren Erkundigungen hat die französische Regierung davon Kenntnis erhalten, daß die deutschen Monarchisten ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Poincaré vorbereiten.“ Auf die Ergebnisse welcher Untersuchungen sich diese Meldung stützt, wird mit keinem Worte angedeutet. Nur der „Gutranfänger“ erklärt, in offiziellen Kreisen werde jede Auskunft verweigert.

A. London, 29. Juli. (Drahtmeldung unserer eigenen Berichterstatters.) Die Meldungen über die angeblich geplante Ermordung Poincarés durch deutsche Mordorganisationen erregen in der hiesigen Presse großes Aufsehen und finden offenbar Glauben. Die politischen Kommentare fehlen. „Daily Mail“ läßt sich aus Paris melden, daß die französische Meldung nicht durch die deutsche Polizei, sondern durch Privatinformationen erfolgt sei.

Die Regierungstrife in Italien.

EP. Rom, 28. Juli. In der Ministerkrise ist noch kein Fortschritt zu verzeichnen. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich gegenwärtig auf de Nicola, der auch von Nitti und de Nicola dringend gebeten wurde, die Kabinettsbildung zu übernehmen. De Nicola selbst sucht in einer längeren Unterredung Orlando zu bestimmen, den Vorsitz des Kabinetts zu übernehmen, in dem er mitarbeiten würde. Die demokratische Gruppe unterläßt ebenfalls eine solche Lösung Orlando—de Nicola. Die demokratischen Linksparteien haben eine Einheitsfront gegen die Männer eines Verjüngungskabinetts gebildet, während die Katholiken den Widerstand gegen die Parteien der Rechten aufgeben, womit ein großer Schritt zur Lösung der Krise getan und ein Haupthindernis beseitigt ist. Die Popularität waren zu dieser Nachgiebigkeit nach dem Willingen des Verjüngten Bonomis gezwungen. Sollte auch der Versuch de Nicola misslingen, so richtet sich in letzter Linie, wie schon bei früheren Anlässen, die letzte Hoffnung auf den Kammerpräsidenten de Nicola, der besonders von der Zeitung „Mondo“ ausgefordert wird, sich einem etwa an ihm ergehenden Rufe nicht zu entziehen.

EP. Rom, 28. Juli. Die nationale Faschistenpartei fordert ihre Provinzverbände auf, sich für Neuwahlen bereit zu halten, die durch die gegenwärtige Krise nur beschleunigt werden könnten.
GIOTTI in Paris.
LI. Paris, 29. Juli. Wie „Petit Parisien“ mitteilt, befindet sich Giolitti seit einigen Tagen in Paris. Er hat seine Kur in Bichy unterbrochen und bereits wiederholt längere Unterredungen mit dem italienischen Botschafter, Grafen Forza gehabt.

Die Straßenkämpfe in Ravenna.

EP. Mailand, 27. Juli. Bei den blutigen Straßenkämpfen hat sich die Lage in Ravenna zuspitzigt. Es wurden über 100 Verhaftungen vorgenommen. Bei den Zusammenstößen gab es sieben Tote; von den 24 Verletzten befinden sich mehrere in Lebensgefahr. Es wird ein Proteststreik befürchtet. Ein Anschlag des faschistischen Aktionsauschusses fordert die Führer der Sozialdemokraten, Kommunisten und Republikaner auf, die Stadt innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Weil ein Faschist zu Tode geprügelt wurde, werden neue Unruhen befürchtet. Alle Faschisten werden mobilisiert. Aus der Provinz treffen zahlreiche Faschistenabteilungen ein, ebenso sind aus Ferrara und Bologna Verstärkungen unterwegs.

Eine Rettungsaktion für die Banca di Roma.

EP. Mailand, 28. Juli. Laut „Stampa“ teilte der Abgeordnete Mussolini mit, daß die Banca Italia der Banca di Roma als Vertrauensbank der katholischen Volkspartei 2 Milliarden vorgeschossen habe, um sie aus einer kritischen Lage zu befreien. An der von einem Finanzkonsortium unternommenen Sanierungsaktion beteiligen sich auch der Credito Italiano und die Banca commerciale mit je 150 Millionen. Die Rettungsaktion ist laut „Giornale d'Italia“ auf das Drängen Don Sturzo, des politischen Sekretärs der katholischen Volkspartei, unternommen worden.

Die Streikwelle in Amerika.

A. London, 28. Juli. (Drahtmeldung unserer eigenen Berichterstatters.) Nach Meldungen aus Toronto greift die Streikwelle auch nach Kanada über. Es wird befürchtet, daß ein großer Teil der kanadischen Eisenbahnen in den Ausstand tritt. Seitens der Eisenbahngesellschaften und der Arbeiterchaft wurden je 2 Untersuchungskommissionen eingesetzt, die sich mit Lohnfragen befassen werden. Auch wenn der Ausbruch des Streiks in Kanada selbst vermieden werden kann, wird doch die dortige Industrie durch den Kohlenstreik in den Vereinigten Staaten sehr geschädigt. Der Stadtrat von Toronto nahm einen Beschluß an zu Gunsten der Kohleneinfuhr aus Amerika.

EP. New York, 28. Juli. Der Kohlenarbeiterausstand hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die Feizer und Mechaniker der Kohlengruben in drei Staaten die Arbeit eingestellt haben. Die Pumpenarbeiter sind vorläufig noch auf ihrem Posten geblieben, den sie aber verlassen wollen, sobald Streikbrecher eingestellt werden.

EP. New York, 28. Juli. Die Schiffsarbeiter auf den Seen haben sich grundsätzlich für den Ausstand ausgesprochen. Die Teilnahme dieser Arbeiter würde eine empfindliche Beeinträchtigung der Eisen- und Kohlenproduktion der Seengebiete nach den übrigen Teilen der Vereinigten Staaten bedeuten.

LI. Weigge, 29. Juli. Das Schurgericht hat den Baron von Gagen und den Prinzen August zu Stolberg wegen Ermordung des Barons Udden in Neos im März 1915 zum Tode verurteilt.

LI. Paris, 28. Juli. Eine Meldung aus Konstantinopel besagt, daß in den Vorstädten Herbar und Bednah eine ungeheure Feuerbrunst ausgebrochen ist. Ueber 250 Häuser stehen in Flammen. Der Schaden beträgt bis jetzt etwa 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Umshan.

29. Juli 1922.

Gestern haben in Karlsruhe die Staatspräsidenten der drei südwestdeutschen Länder gemeinsame Beratungen darüber gepflogen, welche Haltung gegenüber dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern einzunehmen sei. Die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen lagte weiter nichts, als daß die Beratungen zu einer völligen Uebereinstimmung der Ansichten geführt haben. Die Verhandlungen selbst waren vertraulich. Trotzdem geht man wohl kaum irre in der Annahme, daß das Ergebnis der Beratungen sich nicht ganz in der Richtung der Politik bewegen dürfte, die man gegenüber dem Verhältnis des Reichs zu den Ländern in Berlin eingeschlagen hat und die man allen Anzeichen nach mit gesteigerter Konsequenz und Hartnäckigkeit fortzuführen gedenkt. Man weiß im Reich überall, sollte es wenigstens wissen, daß der Reichsgedanke nirgendwo eine festere Stütze hat als in der südwestdeutschen Grenzmark. Es kann nichts Schlimmes, wenn einmal daran erinnert wird, daß in den Verhandlungen über die Reichsgründung die Pläne Bismarcks in dem damaligen badischen Großherzog und dem damals herrschenden nationalliberalen Partei des badischen Parlaments ihre Vorläufer fanden, wie sie kaum dem ersten Kanzler Ludwigs zur Verfügung standen, daß Bismarck bei seinem preussischen König sogar größere Hemmnisse zu überwinden hatte als in Baden. Das badische Volk hat diese Tradition, Träger und Stütze des Reichsgedankens zu sein, nie vergessen und ist mit Recht stolz auf diese Tradition. Gerade darum sollte man es in Berlin als ein sehr ernstliches Warnungssignal ansehen, wenn nun auch aus Baden Töne der Erregung nach Berlin hinführen, wie man sie in dieser Festigkeit und Leidenschaftlichkeit der Anklage seit langer Zeit nicht gehört hat. Mit einer Schärfe, die kaum noch zu überbieten ist, hat gestern im badischen Landtag der Zentrumsführer Dr. Schofer einen Reichsministerium erklärt, das es sich als von Gott und allen guten Geistern verlassen darstelle und daß die politischen Wirkungen seiner Zentralisierungsbestrebungen in der Fortsetzung dahin führen könnten, die Reichseinheit kaputt zu machen. Es handelte sich in der gestrigen Aussprache, die durch förmliche Anfragen der Sozialdemokraten und des Zentrums hervorgerufen worden war und deren Tendenz im Laufe der Debatte die Demokraten und die Liberalen sich restlos angeschlossen, um die bekannte Verordnung des Reichsverkehrsministeriums, die die badische Eisenbahngeneraldirektion in eine Reichsbahndirektion Karlsruhe umwandelt.

Gewiß ist es richtig, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs, wie er durch Bismarcks Werk begründet wurde und durch die Verfassung von Weimar nicht weggewischt werden konnte, technische Unbequemlichkeiten in der Verwaltung des Reichs und Schönheitsfehler der Konstruktion bedingt. Gewiß war der ursprüngliche Reichsverfassungsentwurf von Hugo Preuß einheitlicher im Guß und in seinem ganzen Aufbau logisch zwingend. Aber er hatte den grundlegenden Mangel, daß er nicht fest auf dem Boden der Wirklichkeit stand, nicht erdbeerwachsen war. Und das Gleiche gilt hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern auch in mancher Beziehung noch von dem Kompromiß, wie es die endgültige Weimarer Verfassung darstellt und es kam und kommt ganz darauf an, in welcher Weise einseitige Staatsmänner demjenigen der Reichsverfassung, was nur ein papierenes Kompromiß ist, Leben und Richtung geben. Politik ist nun eben nicht eine Sammlung von Rechenregeln oder eine mathematische Konstruktionsaufgabe, sonst könnte man sie auf Schulen und Hochschulen erlernen und wer das beste Abgangszeugnis und das beste Diplom hätte, wäre dadurch der beste Politiker. Politik ist eine psychologische Kunst, die es mit dem Wohl und den Wünschen der Einzelmenschen, der Massen und der Völker zu tun hat und diese psychologische Kunst hat eben — so hoch auch die näheren Freunde des Herrn Dr. Wirth, den jetzigen Reichskanzler einschätzen mögen — Bismarck doch in ganz anderer Weise verstanden als sein heutiger Nachfolger und seine Mitarbeiter. Bismarck hat gewiß auch ursprünglich eine einheitliche Konstruktion des Reichs vorgeschwebt. Seine Bemühungen, das Reich durch Jolleinnahmen auf eigene Füße zu stellen, sein Streben nach Verreichlichung der Eisenbahnen, sein Widerstand gegen die lex Frankenstein zeigten das zur Genüge. Aber er hat stets dann mit überragender Weisheit nachgegeben, wenn das Durchgehen seines Standpunktes gleichbedeutend gewesen wäre mit der Herbeiführung von Verstimungen und Reichsverdorbenheit in den einzelnen Teilen des Reichs. Die überzeugte Reichstreue in allen Teilen des Reichs war ihm stets unendlich wichtiger als die technische und konstruktive Vervollkommnung des Reichsaufbaus. Unter einem solchen Staatsmann mit einer derartigen Einstellung hätte es heute zu dem gegenwärtigen Konflikt überhaupt nicht kommen können.

Herr Dr. Wirth hat zwar auch eine psychologische Politik getrieben, indem er den ersten gefährlichen Aufwallungen des Linksradikalismus nach dem Rathenau-Mord elastischen Widerstand entgegensetzte, er hat aber bei der Durchführung dieser Politik übersehen, daß die gleiche Notwendigkeit auch nach der anderen Seite bestand, daß in gleicher Weise die Stimmungen Berücksichtigung verdienen, die durch die Gewöhnung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs bedingt sind. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob man die Besorgnisse und Erregungen in den süddeutschen Ländern, vor allem in Bayern, als unbegründet oder künstlich gesteigert ansieht, ob man vom Standpunkt nüchternen, objektiver Betrachtung die Begründung der bayerischen Wünsche als verstandesmäßig unhaltbar und logisch undenkbar ansieht. Diese Dinge sind nun einmal da, und die Politik hat mit dem zu rechnen, was ist. Der Reichspräsident Ebert hat sich in der bayerischen Angelegenheit wieder einmal als der flügere, einsichtiger Staatsmann erweisen als die Männer der Reichsregierung, als er den Weg zur Vermittlung eröffnete. Das war eine Notwendigkeit, nachdem Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind, nachdem dem offenen Verfassungsbruch von der bayerischen Seite eine verständnislose politische Behandlung von Seiten des Reichs vorausgegangen war. Wenn nun auch aus Karlsruhe, das man in München als vollkommen verberlinisiert ansieht und bezeichnen und von dem sich Berlin wohl etwas in Vertennung der wahren Sachlage eine restlose Unterstützung seiner Unitarisierungsbestrebungen versprochen hat, lebensschäftliche Anklagen und ernste Ermahnungen zur Umkehr ertönen, so wird das hoffentlich eine gute Wirkung auf die Einstellung der Herren von der Reichsregierung ausüben. Als gestern Dr. Schofer erklärte, daß Berlin mit seiner un sinnigen Un-

tarifizierungspolitik die Reichseinheit laputt zu machen drohe, hat man auch auf sozialdemokratischen Bänken des Landtages manches zustimmende „Sehr richtig“ gehört. Wenn die Sozialdemokraten im Reichstag von dieser richtigen Grundeinstellung die richtige Konsequenz ziehen, wenn auch jetzt noch die Sozialdemokraten der Berliner Couleure auf die Mahnungen ihrer bayerischen Parteifreunde hören, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben und der bayerischen Regierung es zu ermöglichen, von sich aus nachzugeben, selbst wenn man ihr zum Ausgleich neue Garantien für die Wahrung der bundesstaatlichen Notwendigkeiten geben müßte, so könnte das Unglück doch noch an uns vorübergehen. Der bayerischen Forderung nach Wahrung und Sicherstellung des Restes von Selbständigkeit, die die Weimarer Verfassung den Ländern gelassen hat, können und müssen sich die anderen süddeutschen Länder nur anschließen, gerade nachdem in letzter Zeit, wie die gestrigen Verhandlungen im badischen Landtag gezeigt haben, Berlin sich anschickt, über die bereits gegebenen Opfer der Länder hinaus ihnen die letzten Selbständigkeiten zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß die Ministerpräsidenten der süddeutschen Staaten gestern beschloßen haben, nach dieser Richtung hin nach Berlin Wink zu geben.

Der Badische Landtag 1921/1922. Eine Rückschau.

Im Anschluß an unsere allgemeinen rückschauenden Betrachtungen über den Verlauf der Landtagsperiode 1921/22 in der „Rückschau“ der Freitag-Abendausgabe der „Badischen Presse“ gehen wir hier auf die besonders hervorzuhebenden Einzelheiten der Verhandlungen ein. Zur Erledigung des Staatsvoranschlags waren vier Monate notwendig; allerdings wurde zwischenmenschlich mancher wichtige Geheißentwurf beraten, manche Interpellation beantwortet und sonstige Regierungsvorlagen erledigt. Dabei machte sich wiederholt sehr große, fast uneindämmbare Redelust bemerkbar und im Gegensatz zum vorhergehenden Landtag, der seine Rede in der Dauer von über einer Stunde aufzuweisen hatte, mußte das Haus diesmal manche zweifelhafte Rede über sich ergehen lassen; freilich wies bei so langen Reden die Bankfreiheit oft gähnende Lücken auf, denn wie sonst im Leben, so gilt auch im Parlament das Sprichwort: „Was lange währt, lautet nicht schön“. Gewissenhaft wurde Hauptabteilung für Hauptabteilung, Position für Position durchbesprochen unter dem Gesichtswinkel der Bedeutung für die Allgemeinheit und natürlich auch unter dem der Befriedigung der einzelnen Parteien. Leider gab es dabei ab und zu weniger wirksame Szenen, doch waren diese in ihrer Form und in ihrer Auswirkung nicht so häßlich, wie im Reichstag und in anderen Landesparlamenten.

Die längste Zeit beanspruchte wieder die Beratung des Voranschlags für das Ministerium des Innern, von dem man diesmal die Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“, ihrer Bedeutung entsprechend, abgetrennt hatte. Landwirtschaftsdebatten gab es später wiederholt, so zum Beispiel war die Getreideumlage noch zweimal Gegenstand eingehender Erörterung, und auch Ostverjorgung, Kartoffelverjorgung, Milchstreif in Jahr, Anbau von Tabak, beschäftigten Plenum und Ausschüsse in längeren Sitzungen. Der Bescheid der Kommission, daß bei der eigentlichen Landwirtschaftsdebatte nicht weniger als 30 Redner auftraten; während es bei den übrigen Ministerien meist gelang, durch einen Schlußantrag die Redeflut etwas abzubauen, scheiterten bei der Landwirtschaftsdebatte dahingehende Verhandlungen und die 30 gemeldeten Redner kamen sämtlich zu Wort. Einfacher gestaltete sich die Beratung des Voranschlags für das Justizministerium, die aufgebaut war auf dem Grundgedanken: Die badische Regierung will an der weiteren Verbesserung der Rechtspflege im Geiste des Fortschritts und in dem der Kultur mitarbeiten. Die äußerste Linke mußte sich dabei beharren lassen, daß fast keine Ursache vorhanden ist, in Baden über Klassenjustiz zu jernern. Seiner Rede über das Unterrichts- budget hatte Unterrichtsminister Dr. Hummel den Satz zu Grunde gelegt: „In Baden wird nach den bewährten Grundlinien im Geiste des Fortschritts, der Verjöhnung und der gegenseitigen Verständigung weitergearbeitet zum Wohle des Badener Landes und seiner Bevölkerung.“ Die Frage „Kirche und Staat“ förderte im Gegensatz zu manchem Landtag in der Friedenszeit keine besonders große Meinungsverschiedenheiten zutage, denn auch der Zentrumsgesandte Dr. Schmitt-Karlsruhe erklärte: „Der Staat braucht die Kirche und die Kirche braucht den Staat.“ Auch bei den Hochschulen, Höheren Schulen und bei der Volkshochschule zeigten sich keine so krasse Gegensätze, daß sie nicht überwunden werden könnten. Wir hätten eigentlich an der ganzen Unterrichtsdebatte nur das eine auszusagen, daß sich der Landtag mit der Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zum wissenschaftlichen Ausland hätte eingehender befassen sollen, denn gerade diese Frage berührt unser Land mit seinen zwei Universitäten und seiner Technischen Hochschule von Weltruf in hohem Maße. Sollte nicht das Finanzministerium die Möbel aus dem Wannheimer Schloß geholt, so wäre auch die Gesamtberatung dieses Ministeriums so friedlich verlaufen wie die übrigen. Da der Reichstag beschloßen hatte, die Bezüge jener Chefpräsidenten der Landesfinanzämter, die gleichzeitig Finanzminister sind, vom 1. Oktober an zu streichen, so trat der badische Chefpräsident Köhler von diesem Amte zurück und der Landtag billigte die Lösung der Personalunion. Wenn wir recht unterrichtet sind, gibt es verhältnismäßig wenige Menschen, die gerne Steuer zahlen und aus diesem Grunde darf es nicht wunder nehmen, wenn Klagen und Beschwerden über die Steuerpolitik nicht allein auf der Bierbank, am Stammtisch oder an sonstigen schönen Orten recht häufig sind, sondern auch im Landtag vorgebracht wurden. Die Beratung des Voranschlags des Finanzministeriums lehrte, daß die Steuermoral leider immer noch recht viel zu wünschen übrig läßt. Das Arbeitsministerium wird auch in Zukunft beibehalten werden. Die badische Regierung wird auf Anregung des Landtags gerne die Gelegenheit wahrnehmen, bei der Reichsregierung für eine Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der Kleinrentner, der Kriegsbekämpften, der Kriegshinterbliebenen und der Veteranen früherer Kriege und Feldzüge einzutreten. Rüstig vorwärts schreiten im ganzen Lande die Arbeiten und die Vorarbeiten für die Verjorgung Badens mit elektrischer Energie: Kurz vor Abschluß bewilligte der Landtag das Gesetz über die Maindonauwasserstraße; das Badenwerk war wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen; das Schluswerk wird gebaut; das badisch-schweizerische Abkommen über die Kraftwerke in Niederösterreich wurde vor drei Wochen abgeschlossen und auch sonst unterstützt der Staat Gemeinden, Verbände und dergleichen bei dem Bau von Elektrizitätswerken. Im Interesse unserer immer knapper werdenden Kohlenvorräte ist die hier an den Tag gelegte Umficht sehr zu begrüßen. Auf der anderen Seite trat Arbeitsminister Dr. Gangler dem Tuitlinger Gemeindevorstand, der den Vorkriegsliegern das Wasser abgeben wollte, stramm entgegen und zeigte ihnen, daß man mit den Badenern noch nicht machen kann, was man gerade will. Mit der Frage der Verschmelzung Badens mit Württemberg ist es im Badischen Landtag sehr still geworden und das Verhalten der Tuitlinger hat dazu beigetragen, dieser Angelegenheit einen schmerzlichen Stoß zu versetzen. Wie sich aus dem Gang der Verhandlungen ergeben hat, ist die soziale Fürsorge beim Arbeitsministerium gut aufgehoben; das Siedelungswesen wird auf eine vernünftige Grundlage gestellt und beim Wohnungsbau wird verlust, im Laufe der Jahre jenen, die keine ordentliche Unterkunft haben, zu einer solchen zu verhelfen. Die Wohnungsfrage ist heute schwieriger denn je, da unser Geld von Tag zu Tag entwertet wird. Förmliche Anfragen, Anträge und Gesuche spornten während der dreiwöchigen Jahre die Regierung an, hier nicht nachzulassen, sondern zu tun, was nur einigermaßen getan werden kann. Am Freitag abend kam bei der Erhöhung der Wohnungsabgabe um 15 v. H. des Steuerwerts die ganze Miere noch einmal recht auffällig zum Vorschein.

Nicht weniger als 55 Gesetzentwürfe, Nachträge zum Staatsvoranschlag, Rechnungsabweisungen usw. wurden dem Landtag von der Regierung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet. Die entsprechende Aufstellung folgt an anderer Stelle. In der Hauptsache handelte es sich um Gesetze, deren Verberung bedingt war durch die neuen Verhältnisse und vor allem durch die ungeheure Geldentwertung. Leider hatte sich auch dieser Landtag mit Streitdebatten zu befassen, so mit dem Generallist in Baden-Baden, mit dem Metallarbeiterstreik, mit dem Eisenbahnerstreik, mit den Auswirkungen der Ermordung Rathenaus, den Demonstrationen am 28. Juni, 27. Juni und 4. Juli und den dabei zutage getretenen Aus-

Die wichtigsten Lebensfragen

für das deutsche Volk und für jeden einzelnen deutschen Bürger stehen in den nächsten Tagen und Wochen zur Entscheidung. Ein innerpolitischer Konflikt, wie er in diesem Ausmaß seit der Gründung des Reiches noch nicht vorhanden war, und der französische Wunsch, bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen das Recht auf Sanktionen zu erkämpfen, bedrohen die Einheit des Reiches. Wenn das Reich von innen oder unter der Einwirkung äußerer Machtanwendung zusammenbricht und das durch den Krieg und die Auswirkungen des Versailler Vertrages bereits bis an den Rand des Erträglichsten geschwächte Ganze in ohnmächtige Teile auseinanderbricht, so hören für tausende von Deutschen die erträglichen Lebensbedingungen auf, dann sind wir wirklich so weit, daß Clemenceaus Wort wahr wird, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel sind. Auch die Frage, ob es der englischen Politik auf den bevorstehenden Londoner Verhandlungen endlich gelingt, der wahnsinnigen französischen Reparationspolitik ein Ende zu machen und unmögliche Lasten von Deutschland abzunehmen, unter denen es, die Existenzmöglichkeit des Einzelnen unter sich begrabend, zusammenzubrechen droht, steht auf der bevorstehenden Londoner Konferenz zur Entscheidung. Mit einer fieberhaften Spannung, die in der Bedeutung der bevorstehenden Entscheidungen ihre Berechtigung findet, sieht jeder den kommenden Dingen entgegen. Wer nicht vor sich selbst und vor seinen Mitbürgern als vollkommen abgestumpft und geistig und politisch gänzlich uninteressiert dastehen will, dem ist gerade in den kommenden Wochen und Monaten eine große Tageszeitung unentbehrliches Lebensbedürfnis, dessen Befriedigung er sich auch in den Zeiten steigender wirtschaftlicher Not gern das notwendige Opfer eines monatlichen Abonnementspreises leisten läßt, der zwar auch mit der Geldentwertung steigen muß, ohne jedoch nur annähernd die Preissteigerung für die Wehrzahl aller übrigen materiellen und geistigen Lebensbedürfnisse mitzumachen. Allerdings wird nur diejenige Zeitung der ersten und vornehmsten Aufgabe der Tagespresse in den kommenden ersten Zeiten gerecht, die nicht in erster Linie ihren Zweck in parteipolitischen Fehde, sondern in sachlicher und umfassender Unterrichtung ihrer Leser sieht. Die

„Badische Presse“

hat sich darum seit langem bemüht, ihren Nachrichtendienst auf eine Höhe zu bringen, daß sie den Vergleich mit den führenden politischen Blättern des Reiches nicht zu scheuen braucht.

Verbindungen mit einer der angesehensten und bedeutendsten Berliner Zeitungen und einigen führenden Blättern im Reich ermöglichen ihr trotz der durch die schlechte Wäuta bedingten großen Kosten der Auslandsberichterstattung eine ausführliche, drastische Information vor allen wichtigen Auslandspunkten durch erstklassige reichsdeutsche Journalisten. An den wichtigsten Plätzen des Reiches ist die „Badische Presse“ ebenfalls durch Sonderberichterstattung vertreten.

Die gleiche Aufmerksamkeit wie der politischen Berichterstattung hat die „Badische Presse“ dem

wirtschaftlichen Nachrichtendienst

zugewandt. Besondere Handelsvertreter in Berlin, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart berichten täglich drastisch von diesen Plätzen über die Vorgänge in den Börsen und Märkten sowie über sonstige bemerkenswerte Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens.

Der lokale und badische Nachrichtendienst wird ebenfalls auf einer Höhe gehalten, die dem Niveau der politischen und wirtschaftlichen Nachrichtenorganisation entspricht.

Das Feuilleton der „Badischen Presse“ erfreut sich ebenfalls großer Beliebtheit. Neben einer ausgedehnten Würdigung aller wichtigen Ereignisse im künstlerischen und wissenschaftlichen Leben wird Wert auf einen guten Unterhaltungsteil, vor allem auf einen literarisch wertvollen und spannenden Roman gelegt.

Dank dieser Bemühungen um den Nachrichtendienst und die übrige textliche Ausgestaltung ist die „Badische Presse“ geworden, was sie ist.

das große Nachrichtenblatt Badens.

Nur auf der Grundlage einer umfassenden objektiven Berichterstattung, die dem Leser ein eigenes Urteil ermöglicht, kann eine verantwortungsbewusste Zeitung selbst zu den Vorgängen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen. Die politische Stellungnahme der „Badischen Presse“ ist in erster Linie durch den Gedanken bestimmt, auf nationaler und liberaler Grundlage eine Verjöhnung der politischen und sozialen Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes zu fördern.

Solange der Franzose am Rhein steht,

müssen innenpolitische Sonderwünsche zurücktreten hinter den einen Ziel, die nationale Geschlossenheit des deutschen Volkes in der Wehr und im Kampf gegen stets erneute Drohungen und gegen unerträgliche Zumutungen herbeizuführen. Ohne Opfer in allen politischen Lagern geht es bei der Verwirklichung dieses Zieles nicht. Deshalb kann es natürlich auch eine politische Tageszeitung in ihrer eigenen Stellungnahme nicht jedem reißlos recht machen. Wenn die „Badische Presse“ dennoch in allen parteipolitischen Lagern eine so große Verbreitung gefunden hat und seit langem

die weitläufigste Verbreitung des Landes

ist, so verdankt sie das der allgemeinen Anerkennung, daß sie sich in maßvoller ruhiger Haltung in erster Linie von dem nationalen Gedanken, von dem Gedanken der Volksgemeinschaft, der sozialen Verjöhnung und der Geschlossenheit nach außen leiten läßt. Sie verdankt das weiter dem Umstand, daß sie als Informationsquelle

für jeden Badener immer mehr schlechthin unentbehrlich wird. Wer eine noch großen Gesichtspunkten geleitete führende politische Tageszeitung lesen will, der bleibt darum entweder treuer Abonnent der „Badischen Presse“ oder er wird Abonnent, wenn er es noch nicht ist.

schreitungen, die die Gruppe der Deutschen (liberalen) Volkspartei zu einem Antrag auf Vergütung der Tumultschäden an alle Beschädigten ohne Rücksicht auf ihre Vermögenslage veranlaßten. Zu erwähnen waren noch die Beratungen über den 1. Mai als Feiertag, über die Entfernung der Kränze am Kaiserdenkmal am 22. März 1. J. in Karlsruhe und über den Antrag der äußersten Linken auf Verbot der Regimentstage. In den letzten Tagen wurde dann auch noch die förmliche Anfrage der Deutschnationalen über den Geheimbericht des stellvertretenden Generalkommandos des 14. A. R. durch die Regierung beantwortet. Wenn Auseinandersetzungen, wie sie hier größtenteils gepflogen worden sind, in Zukunft recht selten würden, dann wäre außerordentlich viel gewonnen. Am letzten Tage wurde die Regierung noch interpelliert wegen der Umbenennung der Karlsruher Eisenbahngeneraldirektion. Es handelt sich hier nicht lediglich um eine Namensgebung, sondern um eine Ignorierung der Reichsverfassung und um einen Bruch des Besatzungsvertrages durch das Reichsverkehrsministerium. Wir haben von vornherein gegen diesen Berliner Uebergriff Stellung genommen und die Tendenz der Landtagsdebatte bewegte sich in ähnlichen Gleisen. Hoffentlich lernt man in Berlin daraus, ob es zu spät ist!

Da der erste Nachtrag zum Staatsvoranschlag in der Hauptsache durch die Geldentwertung verursacht worden war, bewilligte ihn der Landtag nahezu ohne Wortmeldung einstimmig. Neben diesen größeren Fragen war noch eine Unmenge von Kleinarbeit zu erledigen, die hier einzeln aufzuführen uns der Raummenge verbietet.

Kun sind die Volksboten nach Hause gegangen; sie werden erst am 7. November nach der Landeshauptstadt zurückkehren. Da der Staatsvoranschlag für die Jahre 1922 und 1923, also während der Vorkriegszeit, für die Dauer von zwei Jahren aufgestellt ist, fallen diese Art Beratungen im Herbst weg. Dafür aber müssen im kommenden Jahre verschiedene Gesetzentwürfe, die jetzt nicht zur Erledigung kommen konnten, aufgearbeitet werden und ebenso wird sich der Landtag mit der Schaffung von Landesgesetzen zu Reichsgesetzen zu beschäftigen haben. Weiter wird ihm die Regierung infolge der Geldentwertung allein schon diesen oder jenen Nachtrag zum Staatsvoranschlag zu unterbreiten gezwungen sein. Nach der badischen Verfassung muß ferner die Wahl des Staatspräsidenten alljährlich vorgenommen werden. Ob man es dabei in Zukunft belassen wird, oder diese Frage in anderer Weise besser zu lösen wäre, bedarf noch der besonderen Prüfung. Die Räume im Ständehaus sind hier. Auf Frauen unterziehen sie einer gründlichen Reinigung. Die Fenster stehen weit offen. Mäße mit her verbrauchten Luft auch abziehen der Geist der Zwitter, der ab und zu sein Unwesen trieb und an seiner Stelle der Geist der Verjöhnung, der gegenseitigen Verständigung und Ordnung weiter um sich greifen! Den Nutzen davon hat das gesamte badische Volk.

Frau Abg. Unger

hat sich, wie der „Volkfreund“ vernimmt, entschlossen, der Kommunistischen Partei beizutreten. In der Freitagssitzung des Landtags hat sie sich bei den Abstimmungen über das Finanzgesetz und über den kommunistischen Antrag auf Verlängerung der Landtagsdauer bis zur Beantwortung der Interpellation über die Lage in Bayern den Kommunisten angeschlossen, während das andere Mitglied der Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Abg. Freidhof, mit den übrigen Parteien stimmte, was von den Kommunisten und Frau Unger unangenehm bemerkt wurde. Wiederholt ist im Landtag sehr deutlich ausgesprochen worden, daß ein Abgeordneter bei einem Uebertritt in eine andere Partei sein Mandat den Wählern zur Verfügung zu stellen hat. Freidhof scheint nach dem „Volkfrd.“ nicht abgeneigt zu sein, mit der Sozialdemokratischen Partei eine Arbeitsgemeinschaft eingehen zu wollen.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Geschlechtsregister. 20. Juli: Paul Daniel von Lohse, Handlungsgehilfe hier, mit Silba Kleinschleier von hier; Hermann Stoll von Gengenbach, Ingenieur hier, mit Anna Ball von hier; Friedrich Mellet von Berlin, Beamter hier, mit Veritja Kull von hier; Robert Bayer von Weinsheim, Bachmeister hier, mit Karolina Gubel geb. Schuler von Gochsheim; Theodor Wäbelle von Elm, Reg.-Rat hier, mit Eugenie Kleinmann von Gochsheim; Albert Keller von hier, Theaterdirektor hier, mit Rosa Schleichler von hier; Friedrich Wäbelle von Wülfingen, Schlosser hier, mit Paula Schleichler von Stuttgart; Wilhelm Balle von Freiburg, Bildhauer in Basel, mit Gertrud Johar Wäbe von Wäbe; Adolf Broemer von Gochsheim, Beamter hier, mit Frieda Wülfinger von Gillingen; Karl Schuler von hier, Lehrer hier, mit Margaretha Bögel von hier; Emil Wetterauer von hier, Maschinenmeister hier, mit Maria Böffat von Gschau.

Geburten. 22. Juli: Anita Rüdiger Frieda, Vater Emil Zimmermann, Bahnarbeiter. 23. Juli: Gertrud Maria, Vater Max Herrmann, Streifenmeister; Ruprecht Berthold, Vater Georg Wagner, Eisen-Uberseher. 24. Juli: Dorothea Karoline, Vater Max Reibel, Kleinrentner. 25. Juli: Elisabeth Anna, Vater Josef Grafer, Schlosser; Willi Robert, Vater Robert Rupp, Installateur. 26. Juli: Ruth Amalie, Vater Friedrich Sebald, Ingenieur. 27. Juli: Frieda Ella, Vater Max Sattler, Händler; Elsiolte, Vater Ernst Gissi, Bahnarbeiter; Friedr. Rudolf, Vater Friedrich Seitz, Elektromonteur; Werner Wendelin Leopold, Vater Leop. Lorenz, Kaufmann.

Todesfälle. 28. Juli: Reszencia Reinfried, Witwe von Josef Reinfried, 62 Jahre alt. 29. Juli: Kath. Schmitt, Witwe von Gregor Schmitt, Oberausseher, 72 Jahre alt; Marie Bohner, Ehefrau von Johannes Bohner, Postwagenführer, 33 Jahre alt.

Beerigungsgesetz und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Montag den 31. Juli. 2 Uhr: Lina Stueb, Ehefrau des Regiers Gustav Stueb, Angartstraße 27. 3 Uhr: Reszencia Reinfried, Witwe des Wilhelms Josef Reinfried, Schloßstraße 40. 4 Uhr: Marie Bohner, Ehefrau des Postwagenführers Johannes Bohner, Karlsruferstraße 60.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Stationen	Höhe in Meeresniveau	Temperatur °C	Gestirne hellste Wärme	Relativfeuchte nachts	Wetter
Karlsruhe	—	12	18	10	bedeckt
Königsstuhl	767,1	12	16	10	wolkenlos
Karlsruhe	768,1	12	16	9	bedeckt
Baden-Baden	767,3	12	19	11	bedeckt
Badenweiler	—	13	19	13	wolkenlos
St. Blasien	—	13	19	5	bedeckt
Willingen	769,0	10	16	6	bedeckt
Waldbrunn	656,9	7	12	5	bedeckt

Wetterausblick. Unter dem Einfluß des Tiefdruckgebietes, das sich über ganz Zentraluropa ausgebreitet hat, blieb gestern das Wetter in Süddeutschland meist heiter bei langamer Abnahme der Bewölkung. Die Temperaturen erreichten am Tage in der Rheinebene kaum 20 Grad und sanken nachts auf ca. 10 Grad. Heute ist völlige Aufbesserung eingetreten. Da sich die Luftdruckverteilung nur wenig ändert und stärkere Störungen nicht zu erwarten sind, wird auch morgen das heitere Wetter bei etwas höherer Wärme andauern.

Wetterausblick für Sonntag den 30. Juli 1922: Meist heiter, morgens örtliche Nebelbildung, trocken, langsame Erwärmung, meist windstill.

„Rowenta“

heißt der
Elektrische Koch- und Heizapparat
für Reise und Haus. 13172



Die Arbeit des Landtags.

Uebersicht über die in der laufenden Sitzungsperiode (1921/22) erledigten Geschäfte.

Öffentliche Sitzungen fanden 90 und Ausschusssitzungen 140 statt.

Es sind eingegangen (außer den Gesuchen — s. unten —): Gesuchentwürfe der Regierung, provisi. Gesetze, Nachträge zum Staatsvoranschlag, Rechnungsnachweisungen und sonstige Regierungsvorlagen 55, Selbstständige Anträge 123, Formliche Anträge 32, Kurze Anträge 72.

Unverleiblich sind geblieben: Regierungsvorlagen 5, Anträge 24, Forml. Anträge 2, Kurze Anträge —.

Gesuche sind 370 eingegangen; davon wurden erledigt 199, zurückgezogen 1, unverleiblich geblieben sind 170.

Verzeichnis über die erledigten Gesuchentwürfe in der Sitzungsperiode 1921/22:

1. Änderung des Besoldungsgesetzes vom 22. März 1921 und 29. Juli 1921.
2. Änderung einiger Bestimmungen des bad. Beamten-Gesetzes;
3. das vereinfachte Entlohnungsverfahren;
4. die Wanderverkehrssteuer;
5. Änderung des Gesetzes, betreffend Durchführung von Kulturverbesserungen;
6. die Landeselektrizitätsversorgung;
7. Nachtrag zu dem Gesetz vom 4. August 1921 über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1920 und 1921;
8. die Majolik-Manufaktur;
9. die Beteiligung an Kautschukgewerkschaften in Baden;
10. Nachtrag zu dem Gesetz vom 4. August 1921 über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1920 und 1921 — Wirtschaftsbilanz —;
11. Nachtrag zu dem Gesetz vom 4. August 1920 und 1921;
12. die 2. Abänderung des Gesetzes vom 19. Juli 1918, betreffend die allgemeine Fortbildungsschule;
13. die 2. Abänderung des Besoldungsgesetzes vom 22. März 1921 und 29. Juli 1921;
14. die dritte Abänderung des Besoldungsgesetzes und über die vorl. Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923;
15. die Main-Donauwasserstraße;
16. die Erhöhung des Zenerungszuschlages vom 1. Mai 1922 an;
17. die Übernahme einer Bürgerschaft für die Rückzahlung der von der Reichsregierung den Gemeinden Kleinlautenbach u. A. für Abdeckung ihrer Mietschulden zu gebenden Darlehensbeträge, sowie die Beteiligung des Landes Baden an diesen Darlehen in gleicher Höhe wie das Reich;
18. die Abänderung des Pensionsergänzungsgesetzes;
19. die Abänderung des badischen Ausführungsgesetzes vom 6. Oktober 1922 zum Reichswohnungsabgabengesetz;
20. Die Versicherung der Rindviehbestände;
21. Die Abänderung des Landesstrafencrimesgesetzes und des Ortsstrafencrimesgesetzes;
22. Änderung des badischen Kostengesetzes;
23. Änderung im Grundbuch- und Notariatswesen;
24. Änderung des Gesetzes vom 6. Oktober 1922 über die Dedung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaues;
25. Änderung der badischen Gemeindeordnung;
26. Änderung des Gesetzes, das Forststrafrecht und Forstverfahren;
27. Die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues;
28. Die Abänderung des Viehseuchenbeschäftigungsgesetzes;
29. Die Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1890, die Erbauung einer Seilbahn von Stettinheimmünster an den Adeln;
30. Die Umwandlung der Staatsbrauerei Rothaus in eine Aktiengesellschaft;
31. Die Abänderung des Gesetzes vom 11. Juli 1918, die Fürsorgeerziehung betr. (in der Fassung des Gesetzes vom 3. Dezember 1920);
32. Die Besteuerung des Eigenvermögens und Betriebsvermögens durch die Gemeinden und Kreise im Jahre 1922;
33. Aufhebung des Gesetzes vom 31. Juli 1919 über die Übernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten;
34. Ausführung des Reichsgesetzes zur weiteren Entlastung der Gerichte;
35. Regelung des Staatshaushalts für 1922 und 1923;
36. Das Uebereinkommen mit der Reichsregierung zur Neuregelung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft;
37. Die 2. Abänderung des badischen Ausführungsgesetzes zum Wohnungsabgabengesetz.

Verzeichnis über die unverleibten Regierungsvorlagen in der Sitzungsperiode 1921/22.

1. Entwurf eines Volkszeitgesetzes;
2. Schreiben des Finanzministeriums vom 12. Juli 1922 mit Vorschlag der badischen Fortbewahrung über die Holzpreise;
3. Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum badischen Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte;
4. Schreiben des Ministers des Innern vom 24. Juli 1922 mit Vorschlag über die Landwirtschafspolizei in Baden im Lichte der Staats- und Selbstverwaltung nebst Anhänge;
5. Gesuchentwurf über die Abänderung des Beamtenrechtes in seiner Anwendung auf die Hochschullehrer.

Hinrichtung des Raubmörders Siefert.

w. Bruchsal, 29. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Heute früh erfolgte im Zuchthaus zu Bruchsal die Hinrichtung des Doppelraubmörders Leonhard Siefert, Schmied aus Offen im Odenwald, der bekanntlich am 29. Juni vorigen Jahres beim Kimmelsbacher Hof im Niedertal den Oberbürgermeister Busse aus Herford und den früheren ebenfalls in Herford tätigen Oberbürgermeisters Werner tötete und beraubte.

Das badische Staatsministerium hatte es abgelehnt, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen. Dies wurde Siefert vor einigen Tagen mitgeteilt. Er empfing darauf in den letzten Tagen den Besuch seiner nächsten Verwandten und verbrachte die vergangene Nacht mit Briefschreiben. Der evangelische Seelsorger war mehrmals bei ihm und überbrachte ihm im Auftrage der obersten Kirchenbehörde des Landes ein Kreuzifix. Heute früh kurz nach 4 Uhr wurde Siefert mit dem Automobil auf den Richtplatz gefahren. Der Staatsanwalt leitete im Beisein der vorgeschriebenen Personen die übliche Vollstreckung des Urteils. Siefert erbat das Wort und erklärte nach wie vor, daß er die Tat nicht beangenehme habe. Am Schluß nahm er das Kreuz in die Hand und erklärte mit Pathos: „So wie dieser hier unschuldig am Kreuze gestorben ist, so sterbe auch ich unschuldig.“

Dann wurde die Hinrichtung vollzogen. Um 4.23 Uhr fiel Sierfers Kopf. Seine Leiche wurde von seinen Angehörigen beanprucht. Die Beerdigung fand bereits heute vormittag in aller Stille in Bruchsal statt.

— Eitlingen, 29. Juli. Todesfall. Hier starb gestern ganz plötzlich der ehemalige technische Direktor der Spinnerei und Weberei Eitlingen, Theodor Bäuerle. Der Verstorbene, der ein Alter von 77 Jahren erreichte, trat im Jahre 1868 als Techniker in die genannte Firma ein und brachte es bereits in wenigen Jahren zum technischen Direktor, welchen Posten er bis zum Jahre 1919 erfolgreich bekleidete. An der Entwicklung und dem raschen Emporblühen des Unternehmens hatte der Verstorbene wegen seiner hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen großen Anteil. 1918 feierte er noch sein 50jähriges Geschäftsjubiläum. Seit 1900 gehörte er auch dem Bürgerausschuß und zwar der deutschnationalen Fraktion an.

— Eitlingen, 29. Juli. Feldbrand. Ein schwerer Kartoffeldiebstahl wurde auf den Feldern der Gemeinde Mörsch verübt. Die Diebe, die wohl über ein Fuhrwerk verfügt haben, rissen etwa 300 Stöcke aus und nahmen die Früchte ab. Man vermutet, daß die Täter aus Karlsruhe stammen.

— Pforzheim, 28. Juli. Unfall. Auf dem Bahnhof in Liebenzell geriet der 50jährige versch. Wagenausseher Bahler von Calw infolge Ausrutschens vom Trittbrett unter den Zug und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb. Seine Ehefrau erlitt bei der Nachricht von dem Unglücksfall einen Herzschlag und starb ebenfalls sofort.

— Mannheim, 28. Juli. Die gewaltige Zunahme der Preise veranlaßte den Mannheimer Stadtrat, an das Ministerium des Innern nachstehendes Schreiben zu richten: „Infolge der sprunghaftigen Steigerung der Preise wird die Lebenshaltung von Tag zu Tag verteuert und verschlechtert. Durch die bevorstehende namhafte Erhöhung der Preise für das Marktbrot, den Vollzug des Reichsmietengesetzes und die neuen großen Lasten, welche die Wohnungsabgabe bringt, wird eine weitere bedeutende Verschärfung eintreten.“

Die Erregung der Bevölkerung ist groß und verständlich. Der Stadtrat richtet daher an die Regierung das dringende Ersuchen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, eine wucherliche Ausbeutung des Volkes zu verhindern, und bittet auch, die Reichsregierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen.“ An die Bevölkerung richtet der Stadtrat die dringende Bitte, an der Besserung der Vermögensverhältnisse mitzuhelfen, daß sie den Behörden Mißstände aller Art zur Kenntnis bringt und auf diese Weise die Behörden zu unterstützen sucht.

— Mannheim, 28. Juli. Der Bürgerausschuß beschloß heute die Aufnahme eines Anlehens von 150 Millionen Mark. In der Aussprache wurde bezweifelt, daß der Anleihemarkt gegenwärtig in der Lage sei, die Ansprüche der Stadt zu befriedigen, und man verwies auf die Beispiele anderer Städte, die in Amerika anklopfen. Oberbürgermeister Dr. Kucher erklärte, daß Fühlung mit dem Ausland bestehe, aber das Ausland verlange Zinszahlung in Valuta oder in einem bestimmten Verhältnis dazu.

— Bühlertal, 29. Juli. Schweres Unglück. Sechs Kinder einer zur Zeit hier weilenden Zirkusgesellschaft vergnügten sich mit dem Fahren auf einem kleinen Weiterragen. Als der Wagen, von zweien der Kinder gezogen, die Hauptstraße überqueren wollte, stieß er mit einem Brauerelastwagen zusammen. Ein 8jähriger Knabe erlitt durch den Zusammenstoß so schwere innere Verletzungen, daß er bald nachher starb. Die übrigen Kinder kamen mit einigermaßen leichteren Verletzungen davon.

— Offenburg, 28. Juli. Der Bürgerausschuß beschloß ohne wesentliche Debatte die Aufnahme eines neuen Anlehens in Höhe von 12 Millionen Mark; der Obmann brachte jedoch seine Ansicht dahingehend zum Ausdruck, diese Summe gleich auf 20 Millionen Mark zu erhöhen, damit eine freiere Wirtschaftlichkeit ermöglicht werde. Die Verschuldung Offenburgs betrug am 1. April d. J. 20,5 Millionen. Der Bestand der schon Anleihen ist 33,5 Millionen. Weiter wurde mitgeteilt, daß das Ministerium des Innern die Erhebung einer vorläufigen Umlage wie im Vorjahr genehmigt hat. Aus dem Deutrag wurden 970 000 M. aus dem Wald 3 Millionen M. erzielt.

— Offenburg, 28. Juli. Elektrizitätswerk. Die nächste Bürgerausschusssitzung wird sich mit der Ueberführung des städtischen Elektrizitätswerkes Offenburg in gemeinschaftlich-wirtschaftliche Betriebsform unter Einbringung in die bestehende Elektrizitätswerk Lahr A.-G. befassen. Die Stadt Offenburg bringt ihr Elektrizitätswerk in die Gesellschaft, die nach der Vereinigung die Firma „Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G.“ führt, ein und erhält dafür 1500 Aktien als Gegenwert. Gegen Zahlung des Nennwertes übernimmt sie weitere 1400 Aktien. An dem Aktienkapital von 10 Millionen Mark werden u. a. die Stadt Lahr, die Stadt Offenburg, die Landgemeinden des Lahrer Bezirks und private Aktionäre des Lahrer Wertes beteiligt sein. Die Stadt Offenburg verliert durch diese Ueberführung zwar das Meistigentum an ihrem Wert, wird dadurch aber etwa zu einem Drittel Mitigentümerin der gesamten Anlage nebst aller Einrichtungen des ungleich größeren Unternehmens.

— Freiburg, 28. Juli. Tödlicher Unglücksfall. Im westlichen Stadtteil Ketterlen gestern nachmittag zwei Knaben auf den Anhängewagen eines Lastautos. Bei dem Versuche, wieder herabzusteigen, geriet der eine, ein fünfjähriger, unter die Räder des Kraftwagens. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Kinderkrankenhaus an den erlittenen Verletzungen.

— Furtwangen, 29. Juli. Unfall. Bei den Übungen der hiesigen Freien Turnerschaft warf ein Turner beim Diskuswerfen die Diskussehne so ungeschickt, daß sie einem in seinem dem Sportplatz nahegelegenen Garten weilenden Mann an der Kopf traf, der bewusstlos zusammenbrach und mit schweren Verletzungen liegen blieb.

PLUVIUS
verhätet
GROSSFEUER
Zeugnisse über gelöschte Brände kostenlos.
Pluvius = Feuerlöcher-Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Charlottenburg 2 = Gegründet 1905.

In den Tagen der Not,
im Ringen um den Wiederaufbau des
zusammengebrochenen Vaterlandes

setzt die „Bad. Presse“

ihre ganze Kraft ein, um nach wie vor ein Verkünder der nationalen
Gesinnung zu bleiben, denn darin liegt für jedes Volk der Jungbrunnen
seiner inneren Kraft. In Treue werden unsere Leser mit uns schreiten,
wie ehemals in Zeiten des Glücks, so heute in Zeiten der Wirrnis.

Und uns soll des Volkes Wohl, die Liebe zur Heimat Leitstern
jeder Arbeit sein.

Verlag der „Bad. Presse“.

INDUSTRIE-ANZEIGER



Elektrisches Bügeleisen

Marke
Original „KoCo“

Bestes Qualitätsfabrikat
3 Jahre Garantie
(mit Garantieschein)

In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

General-Vertreter:

Hermann J. Weiß
Karlsruhe

Hirschstraße 128 Telefon 2759.

Einige Bezirksvertretungen sind noch zu vergeben.

Unübertroffener **Leicht-Motor**
Bergsteiger „Velo“

für Touren und Geschäftsreisen



Zu beziehen durch:

Franz Zerr, Karlsruhe i. B.
Wilhelmstraße 63.

Auto-, Motor- und Fahrräder, mech. Werkstätte,
Besichtigung jederzeit.

Vollständiger Ersatz für schwerere und teure Motoren.
Stundengeschwindigkeit: von Fußtempo bis 72 km.

Karosserien

in tadelloser Ausführung liefern kurzfristig u. preiswert
Groel & Söhne, Mannheim
Difffenstraße 11-13. Reparaturen schnellstens.

**KÖNIGLICH
HOLLÄNDISCHER
LLOYD**

VON AMSTERDAM NACH

**SÜD
AMERIKA**

PERNAMBUCO - BAHIA - RIO DE JANEIRO
SANTOS - MONTEVIDEO - BUENOS AIRES

NÄCHSTE ABFAHRTEN

D. GELRIA 23. AUG. — D. ZEELANDIA 6. SEPT.

NÄHERE AUSKUNFT:

BANKHAUS CARL GOTZ
HEBELSTRASSE 11/15
KARLSRUHE.

Mässige Fahrpreise
nach Amerika.

Eine Reise nach Amerika ist im gegenwärtigen Zeitpunkt eine lohnende Anlage. Geschäftliche Verhältnisse, welche von weitem kompliziert erscheinen, werden schnell einfach, wenn Sie dieselben an Ort und Stelle besprechen.

Die Reise wird eine wohltuende sein, wenn Sie einen Dampfer der United States Lines benutzen. Diese ruhig laufenden Schiffe sind typisch amerikanisch in ihrer ganzen Aufmachung, und es ist nichts übersehen worden, was die Bequemlichkeit und Sicherheit der Passagiere fördern könnte.

Die einfachen wie die zusammenhängenden Zimmer, rein und gut ventiliert, werden Sie entzücken. Unübertroffene Küche und aufmerksame Bedienung auf allen diesen amerikanischen Regierungsdampfern.

Regelmässige Abfahrten von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden Dampfern.

MÄSSIGE FAHRPREISE.

Wenden Sie sich an die untenstehende Adresse wegen Segellisten und Schiffsplänen.

UNITED STATES LINES

BERLIN W8

Unter den Linden 1

KARLSRUHE

Karl-Friedrichstraße 22

und alle bedeutenden Reisebüros.

Norddeutscher Lloyd, Bremen
General-Vertretung

C 100



Briefumschläge
liefert
Druckerei Wab. Wreffe.

Hawag
Kaiserring 40
Mannheim.
2892a

Auto-Zubehör
Motorrad-Bedarf
Legitimierte Händler erhalten Rabatt.

Radikal-Feuerlöscher
mit Patronenladung

bietet besten u. zuverlässigsten Feuerschutz für jeden Betrieb

Massenhaft glänzend bewährt!

Generalvertreter für Baden
G.Tscherter
Karlsruhe
Karlstraße 29a Tel. 3381.



Mercedes Automobile

Stadtwagen - Tourenwagen
offene und geschlossene Wagen

**Daimler-
Motoren-Gesellschaft**
Stuttgart-Untertürkheim

Verkaufsstelle für Baden:
Daimler-Motoren-Gesellschaft Baden-Baden
Fernruf 1168 Lichtentaler Allee 6 Drahtanschrift: Mercedesauto
Ersatzteillager, Reparaturwerkstätte, Einstellhallen
Baden-West, Badenerstr. 104.

Lieferwagen - Omnibusse
Krankswagen

Daimler Lastwagen



HAMBURG-AMERIKA LINIE
NACH
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Hastatt: Wilh. Graf, Bankgeschäft, Schiffstrasse 9. 964a
Karlsruhe: Heinrich Eberbrodt I. Fa. E. P. Hieke, Ecke Kaiser- und Karlstraße. 964a

Drehstrom-Motore

1 Stück 10 PS, 120/220 Volt, 1400 Touren	
1 " 13 " 220/380 " 1400 "	
1 " 20 " 220/380 " 950 "	
1 " 20 " 220/380 " 950 "	
1 " 24 " 220/380 " 950 "	

Erstkl. Fabrikate Kupferwicklung, neu, sofort ab Lager lieferbar.

**Karlsruher Elektrohaus
Hermann Martin**
Telefon 5235. B29166

Wir sind Abnehmer für gut erhaltene
**Wellblechbauten,
Holzbauten jeder Art,
Eisen- bes. Wellblechforen,
Eij. Fenster, Treppen etc.**
und erbitten Angebot mit Etage. 2801a

Barlen & Co., Hornberg, Schwarzwaldbahn.

Flaschen

Weine, Bordeaux, Gefäßflaschen u. Wasserflaschen
kauft fortwährend leb. Quantum zu höchst. Preisen.

Chr. Baier, Flaschengroßhandlung,
Karlsruhe i. B., Werderstr. 72-74. Tel. 3354

Industrie-Anzeigen finden zweckentsprechende Verbreitung durch die „Badische Presse“

Papier- und Bürobedarf-Versandhaus
Telephon 2940. **E. Krös,** Westendstraße 29.
Spezialität: Durchschlagpapier, Briefhüllen,
Kanzlei- u. Konzept-Schreibmaschinen- und
Vervielfältigungspapier, Grelwachs, Farben,
Briefordner, Schnellhefter, Kohlepapier,
Farbbänder. Bedienung billig u. gut. 8565

10 000 Mk. bar für Vorwärtsstrebenden
Erfinder.
Hufft, Auren u. hefe Verdienstmöglichkeit. Biet. Provisore gratis durch
H. Erdmann & Co., Berlin
Abnagarschtr. 71. 1000

Alteisen u. Metalle
Zumpen, Bavier, Maschinen jeder Art, laufen zu höchsten Tagespreisen
Höhn & Co., G. m. b. H.
Telephon 1514
Gardstraße 40.
Die Ware wird auf Wunsch am Platze abgeholt.

Die Wirtschaftswoche.

Die Entthronung der Papiermark. — Gleitende Pachtpreise. — Goldmarkbilanzen. — Indexmark. — Indexlöhne und -gehälter.

Karlsruhe, 29. Juli.
Man kommt in Deutschland um eine Stellungnahme zu der Frage nicht mehr herum, ob wir der allmählichen Einschränkung der Funktionen unserer Papiermark weiter tatenlos zuschauen wollen, oder ob es im Interesse der Gesundheit unserer Währung angezeigt wäre, diesen Prozess dadurch zu beschleunigen, daß wir sie auch offiziell zu einem Teile ihrer Eigenschaften als Wertmesser entkleiden. Das Bedürfnis nach einem Wertmaß von größerer Beständigkeit ist unverkennbar. Einige Beispiele mögen das dartun.

Die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken erfolgt mehr und mehr nicht zu vorher festgesetzten Geldbeträgen, sondern in der Weise, daß für die Erlaubnis zur Bewirtschaftung des Geländes eine seinem Umfang entsprechende Menge Getreide zu liefern ist. Die Badische Landwirtschaftskammer hat in richtiger Erkenntnis des vorliegenden Bedürfnisses bereits Richtlinien hierfür aufgestellt, die weitgehende Beachtung gefunden haben; darin wird die Abgabe von drei Zentnern Weizen für ein Hektar Pachtland als angemessener Pachtzins bezeichnet. Ein Gegenstück zu der einmütigen Abgabe des Zehnten. Damit ist nicht gesagt, daß der Pächter unbedingt Weizen liefern soll, sondern der Verpächter wird sich auch mit der Zahlung der dem Weizenpreis entsprechenden Geldsumme zufrieden geben, besonders dann, wenn auf den verpachteten Aedern etwa gar kein Weizen gebaut wird. Will der Verpächter durchaus Weizen haben, so ist es gleichgültig, ob er oder sein Pächter ihn für den Pachtzins kauft. Es hat sich lediglich darum gehandelt, eine der Geldbewertung parallele gleitende Pachtpreiskala zu schaffen.

Auch bei der weiteren Behandlung des Getreides ist dieser Anstieg an die Naturwirtschaft jetzt zu beobachten. Der Verband der Dreschmaschinenbesitzer hat verkündet, daß er als Lohn für jede Druschstunde einen Zentner Getreide beansprucht. Beim Drusch von Weizen ergebe das einen Stundenlohn von 1200 Mark. Da in der Stunde kaum mehr als zehn Zentner ausgedroschen werden können, entfallen auf jeden Zentner 120 Mark Druschlohn, nebenbei bemerkt ein Anhaltspunkt dafür, mit welchen Untkosten auch die Landwirtschaft heute rechnen muß.

Aber auch der Müller will nicht mehr nach dem Geldtarif entlohnt sein. Wie an dieser Stelle jüngst berichtet wurde, hat schon ein Müllerverband beschlossen, daß als Entgelt von jedem Zentner Mehl acht Pfund Mehl verbleiben sollen. Durch diese Art der Festsetzung ihrer Entlohnung wollen sich jene Gewerbe die jenseitigen der fortwährenden Geldbewertung in immer kürzeren Zwischenräumen erforderlichen Veränderungen ihres Tarifs ersparen.

Über nicht nur in diesen Kreisen ist die Mark als Rechnungseinheit bereits entthront. auch in Handel und Industrie ist das schon in weitgehendem Maße der Fall. Bei der Jahresfeier der Mannheimer Handelsschule hat Professor Mahberg in seiner Festrede darauf hingewiesen, daß die Geldwertfälschung dort vielfach in der Weise erfolgt, daß beim Einkauf von Waren auf Kredit der Kreditgeber hinsichtlich der Bezahlung die Bedingung stellt, daß ihm der Schuldner am Fälligkeitstermin Devisen liefert. Es brauche aber keine wirkliche Lieferung stattzufinden, sondern es handele sich lediglich darum, daß die Zahlung in dem Markbetrage erfolge, der dem Valutatag am Verfalltag entspricht.

Nicht immer hat man sich jedoch mit diesem Verfahren begnügt. Schon vor Monaten hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung sich in einem Rundschreiben gegen Valutazahlungen im Inlandsverkehr ausgesprochen und dabei mitgeteilt, daß vielfach in der Tat nicht nur eine Verrechnung in fremder Währung, sondern auch eine regelrechte Auslieferung durch Lieferung von Devisen stattfindet. Diese Zahlungsart habe dazu geführt, daß dem Devisenmarkt auch noch Material für diesen Zweck entzogen worden sei, ein Vorgang, der kurzfristig haben wirken müssen. Natürlich handelt es sich hier um eine unerwünschte Form der Selbsthilfe. Über jedenfalls muß man damit rechnen, daß nicht nur der Privatkapitalist vor der Mark flüchtet und sich zu diesem Zweck Aktien erwirbt, weil er der Meinung ist, daß hinter ihnen noch Sachwerte stehen und daher ihr Kurs der Geldbewertung entsprechend steigen müsse, sondern daß auch die gewerblichen Kreise, um ihr Betriebskapital nicht schwinden zu sehen, von dem Besitz an Mark loszukommen suchen.

Unter der Brühigkeit der Mark leidet aber nicht zuletzt die Bilanzierung der Erwerbsunternehmungen. Die Bilanzen, die heute aufgestellt werden, enthalten unter der Bezeichnung „Mark“ ganz verschiedene Wertgrößen. Von Bilanzwahrheit kann nicht mehr die Rede sein. Die Aufstellung einer richtigen Ertragsrechnung ist zur Unmöglichkeit geworden. Nicht selten werden fabelhafte Gewinne ausgewiesen, wo bei Zurückführung aller Posten auf den Goldwert starke Verluste in die Erscheinung treten würden.

Sier tut Abhilfe bringen not. Professor Mahberg hat in dem erwähnten Vortrage den bereits früher literarisch von ihm behandelten Vorschlag der Organisierung eines Kreditgoldagio erneuert, das er durch Angebot und Nachfrage von Papiermarkfretten auf Goldbasis börsenmäßig gebildet sehen will und das nach seiner Meinung in dieser Lösung vom Handel mit wirklichem Gold, aber in Uebereinstimmung mit diesem und mit der Bewegung der Devisenkurve zu einer stabileren Gestaltung der Wechselkurse führen müsse. Vor allen Dingen aber fordert er die sofortige Wiedereinführung der Goldmarkrechnung in der Buchführung.

Mit diesem Gedanken befaßt sich auch ein Gesetzentwurf, den Professor Schmalenbach in Köln ausgearbeitet hat und der zunächst im Reichswirtschaftsrat zur Beratung kommen soll. Danach soll Gewerbetreibenden, die gesetzlich zur Führung von Büchern verpflichtet sind, gestattet werden, alsbald ihren Bilanzen die Goldmark zugrunde zu legen. Dr. Schmalenbach steht auf dem Standpunkt, daß alle die bisher beliebten Rückstellungen auf Werterhaltungs- oder Wiederbeschaffungsfonto nicht genügen, um zur Bilanzwahrheit zu gelangen, sondern daß eine solche nur durch Reduktion der Papiermarkzahlen auf gleicher Grundlage zu erreichen ist, wobei er gegenüber dem Dollar, dem Gulden und dem Goldeinkaufspreis der Reichsbank, die alle schon als Umrechnungsbasis gebient haben, dem allerdings noch etwas zu verbreiternden Index des statistischen Reichsamtes den Vorzug geben möchte. Wenn auf diesem Gebiete bisher von amtlicher Seite wenig oder nichts geschehen ist, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Reichsfinanzministerium der Ausföhrung des Gedankens Widerstand entgegensetzt, weil es von der Einführung der Goldbilanz einen nicht zu übersehenden Ausfall an Steuern befürchtet. Die Frage wird aber sowohl durch den Schmalenbachschen Entwurf wie auch dadurch in Fluß kommen, daß der 11. Ausschuß des Reichstages sich mit der Sache

befaßt und das Reichsfinanzministerium aufgefordert hat, die Angelegenheit durch Sachverständige prüfen zu lassen.

Als von uns erstmals vor einigen Wochen an dieser Stelle über die Frage der Indexmark geschrieben wurde, wiesen wir auf die Funktionen hin, die der russische Indexrubel zu verrichten hat, dessen sich die russische Staatsbank in ihren Büchern bedient und dessen Gegenwert bei Barzahlungen auch nur in Gestalt von Papierrubeln alter oder neuer Art erscheint. Wird die Goldmark wieder in die Bilanz eingeführt, so wird der Gang der Entwicklung auch bei uns höchstwahrscheinlich dahin führen, daß man sie nicht nur am Jahresende zwecks Umrechnung der Papierwerte verwendet, sondern daß sie die alleinige Buchmark wird. Von da bis zur Umstellung des gesamten Rechnungswesens auf die Goldmark ist dann vermutlich nur ein Schritt; denn der Verkehr hat, wie die angeführten Beispiele zeigen, in dieser Richtung schon wesentliche Vorarbeit geleistet.

Auch Hertinger bekennt sich in seinem Werk „Goldmarkbuchführung und Goldmarkbilanzen“ zu der Ansicht, daß es mit der bloßen Berücksichtigung der Geldbewertung bei der Bilanzierung nicht getan sei, sondern daß die bestehende Buchführung eine vollkommene Umwandlung in Goldmarkbuchführung durch Umrechnung jedes einzelnen Buchungspostens notwendig mache. Das mag vielleicht für den Anfang der Fall sein. Hat man aber der Goldmark erst einmal wieder den kleinen Finger gereicht, so wird die Papiermark ziemlich schnell aus der Buchführung und dem ganzen Rechnungswesen völlig verschwinden und nur noch im Kasienverkehr eine Rolle spielen.

In dem Augenblick, in dem das der Fall ist, fängt die Sache an, besonders interessant, aber auch recht problematisch zu werden. Wirgeret sich nämlich die Indexmark im Rechnungswesen ein, so wird vermuthlich eine neue Art von Flucht vor der Papiermark Platz greifen. Jeder wird sich bemühen, bares Geld für das sich nicht sofort eine andere Verwendung bietet, schleunigst bei einer Kasse anzulegen, um durch dessen Guthaben in Indexmark gegen weitere Entwertung gesichert zu sein. Bis jetzt konnte man sich nur dadurch vor Entwertung des Geldes sichern, daß man seine Barvorräte in Devisen und direkt oder indirekt in Sachwerte verwandelte, und es fragt sich nun, ob die Einführung der Indexmark eine gleich gute Wertföherung darstellt. Von Wichtigkeit ist dabei, wie sich die Lage des Zentralbankinstituts gestaltet, bei dem alle Guthaben, soweit sie nicht auf den Zwischenstellungen ausliegen werden, schließlich zusammenfließen. Das Experiment könnte nicht gelingen, wenn die Zentrale nicht das Recht besäße, bei einer Rückforderung von Guthaben in bar soviel Noten auszugeben, wie nach der Indexzahl für die Mobilisierung der Guthaben gerade erforderlich sind. Welleicht sieht sich die Sache nach dieser Seite hin aber schwieriger an, als sie sich in der Praxis abspielen wird; denn die Einführung der Indexmark würde den stärksten Anreiz bieten, sich des bargeldlosen Verkehrs zu bedienen, um nicht mehr Gefahr zu laufen, der Geldbewertung Opfer bringen zu müssen.

Eine weitere unerlässliche Voraussetzung ist die Einführung von Indexlöhnen und -gehältern. Es ist eigentlich verwunderlich, daß sie nicht schon längst zur Einführung gekommen sind. Zwar wird berichtet, daß der österreichische Staat durch die Einführung von Indexgehältern in eine schwierige Lage geraten sei, daß sich seine Personalausgaben dadurch von 800 auf 900 Millionen gesteigert hätten und für die nächste Indexperiode noch weit höhere Teuerungszulagen notwendig seien. Das bejaht aber im Grunde nichts gegen die Einführung der Indexentlohnung. Die schwierige Lage des österreichischen Staates rührt lediglich daher, daß er wegen seiner unglücklichen Struktur seinen Etat nicht ins Gleichgewicht bringen kann. Das geht noch in Deutschland über die Verfassung, bei dem die Gehalts- und Löhnerhöhungen der Teuerung um geraume Zeiträume nachhinken, vernichtet mit Sicherheit in absehbarer Zeit die Wirtschaft ungezügelter einzelner Individuen und damit schließlich die gesamte Volkswirtschaft.

Es ist nicht möglich, im Rahmen eines Aufsatzes alle bei der Frage der Indexmark in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu besprechen und alle Für und Wider gegen einander abzuwägen. Sehr erwünscht ist es vielmehr, daß die Reichsregierung dem Ersuchen des Reichstagsausschusses entspricht, nämlich die Frage einer Sachverständigenkommission zu ausgiebiger Beratung überbreitet.

Reichsbankausweis vom 28. Juli 1922.

1920	1921	gegen die Vorwoche	(in M. Tausend)	1922	gegen die Vorwoche
1110 459	1105 645	- 4 814	Metallbestand	1 025 530	+ 1 004
1 000 143	1 001 556	+ 1 413	darunter Gold	1 004 659	unveränd.
			Goldkassenbestände	854 827	unveränd.
			Golddepot (unbelastet) bei der Bank von England	50 092	unveränd.
11 633 280	6 344 943	+ 388 105	Bestand an Reichs- u. Darlehens-Kassenscheinen	9 351 163	- 1 438 511
5 515	4 705	+ 1 281	Noten anderer Banken	8 452	+ 1 986
30 922 418	1 470 787	- 45 477	Wechsel und Schecks	7 028 533	+ 1 011 022
70 539 527	70 539 527	- 6 071 138	Diskont. Scheckanweisung.	196 017 088	+ 888 551
11 840	9 677	- 5 008	Beleihungen	50 204	+ 35 810
181 547	283 573	+ 65	Wertpapiere	311 334	+ 9 981
2 904 003	6 081 547	+ 202 442	Sonstige Vermögenswerte	5 944 035	+ 1 024 375
180 000	180 000	unveränd.	Passiva	180 000	unveränd.
99 496	121 418	unveränd.	Grundkapital	127 264	unveränd.
37 443 355	74 997 125	+ 355 510	Rücklage	127 264	unveränd.
14 121 542	3 662 980	- 182 084	Notenumlauf	177 027 024	+ 1 589 506
3 112 391	618 482	- 70 425	Noten, ägl. l. Verbindl.	8 928 388	+ 594 679
			a) Reichs- u. Staatsguth.	26 634 751	- 1 285 394
			b) Privatguthaben	4 779 425	+ 545 406

Die an die Reichsbank gestellten Ansprüche an Krediten und an Zahlungsmitteln bieten, wie der Ausweis der Bank vom 22. Juli ergibt, entgegen der sonst in der dritten Monatswoche üblichen Entlastung, weiter an. Die gesamte Kapitalanlage stieg von neuem, nämlich um 1874,2 Mill. M auf 203 388,1 Mill. M. Die bankmäßige Bedienung allein erhöhte sich um 1 899,6 Mill. M auf 203 026,2 Mill. M, wobei von dieser Zunahme 1 011,0 Mill. M auf das Bedienstonto und 888,6 Mill. M auf die Bestände der Bank an Reichsbankanweisungen entfielen. Im wesentlichen im Zusammenhang mit anhaltenden Zahlungsmittelzuflüssen, sowie mit neuen Darlehensrückzahlungen bei den Darlehensstellen gingen die Bestände an fremden Geldern um 672,3 Mill. M auf 35 603,3 Mill. M zurück. Die Banknotenausgabe stieg um 1 589,6 Mill. M auf 177 027 Mill. M, während der Umlauf an Darlehensstellen geringfügig — um 139,3 Mill. M auf 11 267,6 Mill. M — abnahm. Für beide Geldstellen zusammen ergab sich also der Saldo eine Renausgabe von 1 400,3 Mill. M gegenüber Rückflüssen in Höhe von 40,3 Mill. M bezw. 557,6 Mill. M in der Vergleichswoche der Jahre 1920 und 1921. Der Darlehensbestand der Darlehensstellen hat sich in der Vergleichswoche um 1 576,5 Mill. M auf 20 724,9 Mill. M erhöht. Da die Reichsbank einen dieser Verminderungen entbehrenden Beitrag an Darlehensstellenkeinen an die Darlehensstellen zurückzuführen hatte, jelaen die Bestände der Bank an solchen Scheinen unter Berücksichtigung der aus dem Verkehre aufgenommenen Summe eine Abnahme auf 9 936,0 Mill. M.

Banken und Geldwesen.

Reichsbank-Veranstaltungen. Bei der Reichsbank sind mit Wirkung vom 1. August ds. Js. ernannt worden: der Direktor bei der Reichsbank Dr. Schott in Pforzheim zum Reichsbankdirektor und Referenten des Reichsbankdirektoriums in Berlin, der Direktor der Reichsbanknebenstelle in Kaiserslautern, Pirz, zum interimistischen Zweiten Vorstandsbeamten der Reichsbankstelle in Pforzheim, der Reichsbankrat Köberer aus Witttenberge zum Direktor der Reichsbanknebenstelle in Kaiserslautern.

Diskontierung. Während in fast allen Ländern eine Herabsetzung des Bankdiskonts stattgefunden hat, ist die Reichsbank, wie gestern bereits gemeldet, dazu übergegangen, ihren Diskontsatz um 1 Prozent auf 6 Prozent zu erhöhen. Der Satz von 5 Prozent war vom Jahre 1914 ab unverändert beibehalten worden, wenn gleich er

CARL LASSEN

Internationales Speditionshaus
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstrasse 73 Fernsprecher 4948, 1949, 1950
Spedition | Schiffahrt
Lagerung | Assekuranz

Holzriemen-Scheiben

Stopfbüchsen-Packungen, Dichtungsplatten, Mannlochringe, Mannlochband, Gummiplatten, Wasserstandsgläser u. Ringe, Staufferbüchsen, Treibriemenwachs, Graphitschmiermittel, Mahnenfett, Flockengraphit, Riemenleim, Riemenverbinder jeder Art, Holzriemenscheiben, Treibriemen, sowie sämtliche technische Artikel.

Badische Gummi- und Packungs-Industrie
Schöffler & Wörner
Telephon 3021 u. 3321 Karlsruhe Amalienstr. 15.

ADOLF PFEIFFER

Werkzeuge : Werkzeugmaschinen
Lammstrasse 6 KARLSRUHE Karl-Friedrichstr. 19
Telefon 4988. — Telefon 4988. —
Werkzeuge — Werkzeugmaschinen
für Holz- und Metallbearbeitung
für Fabriken u. Handwerksbetriebe
Maschinenbau - Bedarfsartikel
Transportgeräte, Transmissionsteile, Hebezeuge.

Lacke, Farben

jeder Art für alle Zwecke.
Fa. Paul Eger & Cie., Karlsruhe i. B., Ruitstr. 20
Lacke, Farben, Wachsbeizen, Mattierungen, Parquetwachsfabrik.
Kleinhersteller des bestelbsten
Künstlichen Bodenwaches „Berberol“.

Büro-Möbel

aus eigener Werkstätte
Curt Riedel & Co., Waldstr. 49.

Friedrich Börner, Karlsruhe i. Baden

Amalienstraße 26 Elektro-Großhandlung Fernspr. 272 u. 1882
beliebert
Installateure, städt. und staatl. Elektrizitätswerke
und Betriebe.
Mitglied des Verbandes südw. Industrieller.

GEBRÜDER BAER

KARLSRUHE
Stab-, Form- und Bandleisen, Bleche, Röhren, Schrauben,
Stiften, Nieten, und Schlosser- und Schmiede-Bedarfsartikel.
Metalle.
Stadtlager: Amalienstr. 79. Büro: Karlstr. 6. Tel. 968, 615 u. 744.
Hauptlager: Lohnstraße (Westbahnhof), Telefon 5456.

Ernst Hauck Durlach

Blumenstraße 1.
Spezialtransport, Möbeltransport, Fuhrunternehmung

Aretz & Co.

Inhaber: Arthur Fackler
Gummiwarenhaus : Krankenpflegeartikel : Linoleum : Wachsstuche
Telephon 219 Karlsruhe, Baden Kaiserstr. 215
Postcheck-Konto: Karlsruhe 6875.
Abteilung I.
Sämtliche Gummiwaren- und Krankenpflege-Artikel — Gummi-Kurzwaren
Hygienische Artikel
Großverkauf Abteilung II. Kautschuk
Technische Gummi- und Asbestwaren,
Treibriemenlager und Bedarfsartikel für
Maschinenbetrieb
Abteilung III.
Linoleum in Stückware — Läufer — Teppiche — Vorlagen
Ueberrahme ganzer Bauten und Zimmerbeläge durch erfahrene Leger — Bodenwachs — Bodenöl — Reinigungsmittel — Cocosläufer und Cocosmatten — Korkmatten
Wachsstuche in allen Breiten — Ledertuche — Gummistoffe

Volk und Seimat der Süddeutschen Grenzmark

Nr. 30. Karlsruhe, Samstag den 29. Juli 1922

Heinrich Küstinger. / Drei Gedichte.

Die Kapelle.

(Kriegskapelle bei Wernsdorf.)
Hoch bis untern Himmel flirmt
Dunkler Rauch sich sommermilde.
Hin im Grund mit wildem Stede
Lieberfüßt die Welle flirmt.

Die Kapelle vor dem Hain
Hoch will Sage hoch umranken.
Halter, lichte Gottgebanten,
Gauteln windverweht am Rain.

Abendgedet.

Und wieder ging ein Tag herum.
Und trug im Antlitz Kampfgebärde.
Daß es die rechte Ruhe werde
Schlichte, was noch nachgittert kumm ...

Nimm fort die kleine Erde, hebe
Du meinen Obem auf zu Dir.
Sind Deine weiße Laube mit,
Daß sie ob meinem Schlummer schwebt.

Hermine Maier-Feyser. / Sankt Katharinen bei Konstanz.

Wenn der Wind über die Alpen nach dem Bodensee kommt,
spielt er oft wunderliche Weisen. Er verfährt sich in den Wo-
gen, wieft sie an den Strand, er ergelt sie über sie hin, probt
eine Kraft an Schiffen, Bäumen und Becken, und manchmal
verweilt er spielerisch, vergesslich auf dem Bodensee. Hier
ist es gar nicht mehr herfelde; vergesslich sind: Alpen, Schirme,
Saulen und Brausen. Hin und her geht es über alte Wipfel
nach der Mainat, wo der See in südlicher Wärme strahlt, und
zurück über die westlichen Hügel nach Konstanz. An solchen
Tagen verfließt die Gegenwart. Uralte Kulturstätten haben an
zu fingen und zu legen. Das große Bauerngeschloß Sankt Ka-
tharinen verfließt mit der Landschaft, und das längst ver-
fallene Kloster oder die Kapelle der heiligen Katharina lautet:
„Ave Maria“.

Nirgends sind Spuren des Klosters, nirgends Reste einer
Kapelle, und doch — — — — — tönt nicht Trauengelang in der
Luft? „Salvo Regina, mater misericordiae, vita, dulcedo
et spes nostra, salve“! — — — — — Der dreißigjährige Krieg ist
noch hat er seinen Fuß nicht auf den Boden gesetzt. Welt-
berühmt, von der Not zusammengewirrt. Alle Kühlung
mit der Augenwelt ist verfliehet, umso lebendiger ersehen die
Fäden der verlassenen Heimat bei den Frauen, die hier aufstie-
gen, umso unergründlicher fischen die schon lange anlässigen
Büßnerinnen und die Inhaftigen, um Arbeit und Kastelung.

Das kleine Grüpplein Frauen hat sich in zwei Lager ge-
spalten. Ein Teil will abends plaudernd trotz Mühsal und Not
des Unterwegs harrn; denn der Untergang kommt. Eine
hagere, spärliche Büßnerin weiß es. Ihr ist die Heilige erschienen.
Katharina kam sie über den See geschritten, den Büßnerinnen
dem um und lehrt auch die Heiligensinge den Pfad. Inbrünstig
sprach: salvum me fac ex omnibus persequentiabus in te
liberame. „O Herr, mein Gott, ich süchtige mich zu dir, er-
rette mich von aller meinen Feinden, befreie mich.“

Alle Frauen beten mit. Dann und wann geht die Kamens-
schwester der heiligen Katharina hinaus, um allein zu beten.
Da wird das Gebet der Frauen stilliger. Ein flüsterndes Ge-
spräch beginnt. Von Meeresburg eine Jünger, Blonde ist's, die

teils nehme. Es bilden sich, während er noch an derselben
Stelle seines Zimmers stand, nicht allzufern von einem großen
Stiefelregal, sein damaliges viel kleineres, volleres, aufneh-
mendes Dajensgefühl. Es war das fast gleiche Wiederer-
tauchen eines sehnlichstwilligen und doch ganz gestillten Augen-
blicks seines Selbst und seines Dajens, das damals wahr-
scheinlich gegenwärtig in die Zukunft eilte und jetzt,
wahrhaftig nicht minder sehnlichstwillig und gegenwärtig
beglückt, Bergangenes wiedererlebte — so, als seien ein frü-
herer und ein jetziger Augenblick seines Lebens durch einen
unter dem Gebirge vieler durchleuchteter und verbender Jahre
hinflühender Tunnel verbunden, an dessen Mündung er unge-
wollt vorüberkam. Es war dabei nicht minder unwillkürlich
und fast wesenlos, wie die Erinnerung in einem Duft, den man
einmal genasmet, einen Geschnack, den man einmal geschmeckt.
Und ebenso flüchtig.

Am Nachmittage mußte er einmal ganz unvermittelt an
ein hübsches blondes Kind denken, das er als kleiner Knabe
geliebt hatte und dessen Züge ihm ganz fern verschwommen
wiederkehrten. Er erinnerte sich, daß sein Mutter ihm zuletzt
den Verteilung mit dem Mädchen, das wohl ein Nachbarkind war,
verbieten hatte. Wie er länger daran dachte, kam es ihm vor,
als ob das irgendwie mit seinem Traum zusammenhänge.
Aber er sah es fort, um wieder an seine Arbeit zu gehen, und
vergah diese Dinge in den nächsten Wochen gang.

Gegen Ende Oktober etwa war er mit seinen Vorbereitun-
gen zum Examen fertig. Er hatte sehr gründlich geschafft und
seine Doktorarbeit mit größter Genauigkeit nach allen Seiten
ausgebaut. Er betrachtete die janzig Bogenlagen der eng-
geschriebenen Arbeit mit stiller Freude, besonders seit er den
Schlußsatz darunter gesetzt. Er wollte vor dem Eintreten nur
das Ganze noch einmal durchsehen. Dies tat er an einem regne-
rischen Sonntagabend Anfang November, da er am Montag
morgens die Arbeit der Fakultät vorzutragen hatte. Seine Wir-
tin war ins Theater gegangen. Er war allein zu Hause. Er
hatte vor, nach Beendigung der Durchsicht noch zu einem Glase
Bier in ein nahes Wirtschaft zu gehen, wo er wahrscheinlich
einen seiner Studienengenossen treffen würde. Da wiederholte
sich sein Erlebnis vom September in einer viel zwangloseren
und stressvolleren Form.

Er war gerade dabei, auf einer der wichtigsten Seiten sei-
ner Abhandlung die Hauptdaten nachzuprüfen, und hatte den
Blick auf den unteren Rand der Seiten gelenkt, als er sah, wie
eine Hand auf seine Schulter legte — ganz leicht — ein
ein Kopf neben seinem Kopf über den Tisch beugte und ein
Augenpaar, seine Wangen freisend, mit ihm auf die Schrift-
züge niederblickte. Die Bedeutung ging als ein deutlicher
Schmerz über ihn hin, so daß er zusammengequoll einen Augen-
blick dalaß, ehe er sich vorfühlte und langsam nach der Seite
der Berührung umwandte. Das Gefühl schwand nicht vor sei-
nem Blick; aber es glitt, so daß er das Streifen der Hand auf
der Wölle seines Rockes zu hören meinte, leise hinter ihm. Es
trat, als er aufsprang und sich ganz zumwande, wieder hinter
ihn und jetzt weiter ins Zimmer zurück. Der Eindruck war so
unmittelbar und hart, daß er, ohne zu überlegen, rief: „Wer
sind Sie? Was wollen Sie?“ Worauf die fremde Gegenwart
so unvermittelt, wie sie gekommen war, erlosch. Es war dem
Studenten, als ob sie an ganz bestimmter Stelle der Stufe, ein
unfichtbarer Körper, in sich zusammenfiel und auf dem Boden
gering. Er trat rasch hinzu, wobei er sich einbildete, noch einen
menschenlichen Atem gespürt zu haben.

Es konnte trotzdem kein Zweifel sein, daß das, was ihn
eben berührt hatte, fort war. Es blieb dem Studenten aber
in anderer Weise als das erstemal gegenwärtig, indem ihm
gerade jetzt, als der unmittelbare Eindruck aufgehört hatte, die
fremde Gegenwart deutlichere Weisheit annahm. Er wollte
plötzlich mit unergründlicher Bestimmtheit — für die er nie
andere Gründe angeben konnte als eine ganz unüberlegliche
innere Gewißheit — daß sie ihn mit Liebe ludte und an ihm An-
der ein Mädchen, daß sie ihn mit Liebe ludte und an ihm An-

Die Kündigung auszusprechen, wir ihm sehr unangenehm
und seiner guten alten Wirtn gegenüber höchst peinlich — un-
angenehm besonders, weil er ja noch in Münden bleiben wollte
und sein jetziges Zimmer in allem so bequem war. Aber der
Grund auszugehen war für ihn zwingend genug. Er bedurfte
auch eines Entschlusses, eines gewissenhaften Entschlusses ein-
zufließen, sondern nicht über sich, wie es ihm vorfiel. Immer-
hin brachte er es nicht über sich, seiner Wirtn mündlich zu
kündigen, sondern schrieb einen Brief, den er auf seinem
Schreibtisch liegen ließ, als er zu einem feierlichen Akt in der
Universtität, der Antrittsvorlesung eines neuen Professors, auf
ein paar Stunden fortging. Er sah die Wohnungstür mit
einem tiefen Anstehen, einer Erschütterung ohnegleichen zu
Leben eingesehen. Ja, er war sogar übermütig in der besten,
von frischen Wind durchwehten Sonne seines kurzen Weges bis
zum Universtitätsgebäude, machte absichtlich einen Umweg über
die Ludwigstraße und begrüßte bald laudend einen Kommilit-
tonen, der gleich ihm zu der Antrittsvorlesung ging. Er er-
zählte ihm sogar, daß er nächstens umziehen würde.

Da waren sie schon im auditorium maximum, in das
Professoren, Studenten und Studentinnen in großer Zahl
strömten, das sich bald bis auf den letzten Platz füllte, ja noch
mit einer Ehrenwache stehender Zuhörer umgeben hatte, ehe
der neue Hochschullehrer seine mit Spannung erwartete Vor-
lesung über ciceroniansche Texte begann.

Vorlesung folgt

Schriftstellerin: Anion Rudolph, Karlsruhe / Druck und Verlag von Ferdinand Schönerer in Karlsruhe

